



Bündnis Klinikrettung · c/o GiB e.V. · Weidenweg 37 · 10249 Berlin

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Berlin, 25.06.2021

Krankenhausgipfel 2021 der Deutschen Krankenhausgesellschaft

Sehr geehrter Herr Bundesgesundheitsminister,

das Bündnis Klinikrettung begrüßt die Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) nach einem Kurswechsel in der Krankenhauspolitik, die sie in ihrem Krankenhausgipfel 2021 erhoben hat. Wir stimmen der Deutschen Krankenhausgesellschaft in der begleitenden Pressemitteilung vom 21.06.2021 uneingeschränkt zu: *„Insbesondere in ländlichen Gebieten müssen ambulante und stationäre Versorgung zusammen gedacht, zusammen geplant und koordiniert werden. Krankenhäuser können als integrierte Dienstleistungszentren Ausgangspunkte für diese Netzwerke sein. [...] Für eine zukünftige Krankenhauspolitik wird es wesentlich sein, das Spannungsfeld aus Zentralisierung komplexer Leistungen und wohnortnahen Strukturen aufzulösen. Dazu ist es aber auch notwendig, die Krankenhausfinanzierung zu reformieren. Insbesondere in ländlichen Gebieten muss eine bessere Vorhaltefinanzierung Strukturen sichern.“*

Wir unterstützen die Forderung nach einem Kurswechsel ausdrücklich und können zu einem Dialog über verbesserte Krankenhausstrukturen beitragen. Allerdings muss gewährleistet sein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland innerhalb von 30 Minuten ein qualitativ hochwertiges Krankenhaus erreicht, das mindestens über eine Notfallversorgung der Notfallstufe 1 verfügt. Wir brauchen eine Zusage von Ihnen als Bundesgesundheitsminister, dass mehrfach in die Diskussion eingebrachte Integrierte Versorgungszentren oder Intersektorale Gesundheitszentren mit nur teilweiser Anwesenheit von Ärzten keine Option für den Kurswechsel sind, denn sie sichern weder eine Grund- noch eine (24-Std.-) Notfallversorgung. Solche Lösungsansätze müssen endgültig vom Tisch.

Krankenhäuser in ländlichen Regionen sind vielfach das Zentrum der regionalen Gesundheitsversorgung. Sie sind Netzwerkknoten zwischen ambulanten und stationären Angeboten, schaffen Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und regionale Nachfrage. Unter diesen Gesichtspunkten und zur Klärung lokal-regionaler Bedarfslagen ist es zwingend notwendig, die Kommunen und die BürgerInnen in den geforderten Dialog einzubeziehen.

Beim geforderten Kurswechsel geht es um Gesundheit und Leben der BürgerInnen (vgl. auch GG, Art. 2 Abs. 2). Wir fordern Sie deshalb eindringlich auf, VertreterInnen der BürgerInnen und der betroffenen Kommunen aktiv in den Dialog über den Strukturwandel und die Zukunft der Krankenhäuser einzubeziehen. Das Bündnis Klinikrettung kann dazu beitragen und würde sich über eine Einladung zum Dialog freuen.

Mit freundlichen Grüßen
für das Bündnis Klinikrettung



Laura Valentukeviciute
Vorstand Gemeingut in BürgerInnenhand



Klaus Emmerich
Klinikvorstand i. R.